Artikel vom 04.07.2017

Herrmann fordert härteres Vorgehen gegen Gaffer

Rettungsgasse rettet Leben

Rettungsgasse

Bayerns Innen- und Verkehrsminister Joachim Herrmann hat nach dem schweren Busunfall auf der A9 in Oberfranken ein verschärftes Vorgehen bei fehlender Rettungsgasse und Gaffern angekündigt. "Die nicht ausreichend große Rettungsgasse verzögerte die Anfahrt der Löschfahrzeuge der Feuerwehr. Dazu kamen unzählige Gaffer auf der Gegenfahrbahn, die durch ihre Sensationsgier beinahe weitere Unfälle verursacht hätten", erklärte der Minister. Herrmann bezeichnete das Verhalten einiger Autofahrer als "höchst unverantwortlich und beschämend”.

Bislang wurde die fehlende Rettungsgasse mit einem Verwarnungsgeld in Höhe von 20 Euro geahndet. Bei der kommenden Bundesratssitzung wird dieser Sachverhalt thematisiert. Ursprünglich war geplant, ein Bußgeld von bis zu 115 Euro zu beschließen, Herrmann reicht dies jedoch nicht aus. "Wir setzen uns wie Hessen für ein Bußgeld von bis zu 165 Euro ein." Herrmann verspricht sich davon auch eine höhere Abschreckungswirkung. Weiterhin fordert der Minister, dass Gaffer bei Verstößen gegen den neuen Straftatbestand ebenfalls härter bestraft werden. So wird ein Schaulustiger mit einer Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft, wenn er einen Unfallretter behindert.